

Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit



Nr. 01 / 2019, 54. Jahrgang

contacts

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e.V.

Geschichten über Leid und Hoffnung: Das „Casa de la Memoria“ in Tumaco, ein Ort der Erinnerung und Friedensbildung

Auf den Spuren der verschwundenen Kinder: Pro-Búsqueda vermittelt Familienzusammenführungen in El Salvador

Zwischen Computer und Hängematte: Stefan Kramer berät Misereor Partnerorganisationen im Amazonasgebiet

Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit

Unrecht und Gewalt zu erleben, hinterlässt tiefe Einschnitte im Leben von Menschen und Gesellschaften, die über die Vergangenheit und Gegenwart hinaus auf die Zukunft einwirken. Damit Frieden wieder wachsen kann und Versöhnung möglich wird, brauchen betroffene Gesellschaften ein systemisches umfassendes Verständnis darüber, was im notwendigen Umgang mit der Last der Vergangenheit nötig und möglich ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen leisten hierbei unverzichtbare Beiträge.

Sie haben vielfältige Zugänge und Perspektiven und tragen somit dazu bei, dass Versöhnungsprozesse inklusiv werden können. Der Zivile Friedensdienst der AGEH unterstützt zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Engagement und setzt ganz bewusst hier einen Schwerpunkt in seiner Friedensarbeit.

Es sind meistens die Opfer und ihre Unterstützerinnen, die nach der Wahrheit und der Arbeit an der kollektiven Erinnerung drängen. In der Regel sind dies Selbsthilforganisationen, Kirchen, basisnahe NGO's, denn sie haben Zugang zu den Opfern, haben sie oft auch in dunklen Stunden begleitet und genießen gerade aufgrund dieser Verlässlichkeit ihr Vertrauen. Sie systematisch einzubinden und institutionell zu stärken ist wichtig, um verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit ihren spezifischen Perspektiven, Erfahrungen und Bedarfen in die Auseinandersetzung mit Gewalt und ihren Folgen zu integrieren.

Ein wichtiges Instrument, um die ethnische, religiöse und kulturelle Identität der von Gewalt betroffenen Menschen und Gesellschaft wiederzugewinnen und zu stärken sind Gedenkstätten als Orte der Erinnerung. Eine davon ist z.B. das Casa de la Memoria in Tumaco/Kolumbien, das vom ZFD der AGEH unterstützt wird. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zu einem kollektiven Gedächtnis, das auch und gerade die Erfahrungen der Opfer berücksichtigt. Kollektives Gedächtnis heißt in diesem Zusammenhang nicht, die Arbeit auf ein einheitliches gemeinsames Narrativ hin, sondern eine Erinnerung, die es zulässt und aushält, dass es unterschiedliche Wahrnehmungen und Lesarten der Vergangenheit gibt.

Zivilgesellschaftliche Akteure bieten die notwendige versöhnungsorientierte Kontinuität, einen langen Atem und die erforderlichen Zeithorizonte im Umgang mit Gewalt und ihren Folgen. Sie begründen ihre Arbeit und Forderungen zudem ethisch und entsprechend der Bedarfe der verschiedenen relevanten Gruppen. Sie bieten häufig eine Identifikationsangebot und eine Zusammengehörigkeit über politische und ethnische Grenzen hinweg. Dabei nehmen insbesondere die religiösen Akteure auch die spirituellen Bedürfnisse ernst, die in der Begleitung von Unrecht und Gewalt betroffenen Menschen von zentraler Bedeutung sind. Besonders die Ausdeutung von Gewalt- und Leidenserfahrung trägt zum Wiedergewinn von Sprache und zu einem erneuten Beziehungsaufbau bei und wirkt Brüchen in Beziehungen und Gesellschaft entgegen.

Martin Vehrenberg und Friederike Repnik

Inhalt



14 Fast 30.000 Kinder wurden während des Bürgerkrieges in El Salvador von ihren Eltern getrennt und ohne deren Zustimmung zur Adoption vermittelt. Die NGO Pro-Búsqueda setzt sich dafür ein, sie wieder mit ihren Familienangehörigen in Kontakt zu bringen. Denn ohne die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen, kann es aktuell keinen Frieden geben.



21 Gewalterfahrungen prägen das Zusammenleben einer Gesellschaft. Bleibt die Geschichte unbearbeitet, kann eine Folge die zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung sein. Wie der ZFD dazu beitragen kann, dass die betroffenen Menschen ihre Zukunft wieder gemeinsam gestalten, besprach contacts mit Dr. Friederike Repnik, die als Beraterin auf Zeit Partnerorganisationen des ZFD zu dem Thema berät.



23 In mehr als sechsundzwanzig der zweiunddreißig Verwaltungsgebiete Kolumbiens sind die Mitgliedsorganisationen des Netzwerks für Demokratie und Frieden tätig. Ursprünglich als Solidaritätsbewegung und aus dem Bedürfnis nach Schutz durch Vernetzung entstanden, setzen sie heute darauf, benachteiligte gesellschaftliche Gruppen zu befähigen, ihre Rechte einzufordern und auf staatliche Politik Einfluss zu nehmen.

Thema

- 4 Geschichten über Leid und Hoffnung**
Das Casa de la Memoria, ein Ort der Erinnerung und Friedensbildung (Bianca Bauer)
- 13 Versöhnung ist möglich!**
Der Beitrag der AGEH im Umgang mit belasteter Vergangenheit (Dr. Claudia Lücking-Michel)
- 14 Auf den Spuren der verschwundenen Kinder**
Pro-Búsqueda vermittelt Familienzusammenführungen in El Salvador (Dr. Theresa Denger)
- 18 Ziviler Friedensdienst in Kolumbien**
Schwerpunkt: Auseinandersetzung mit Gewalt und Menschenrechtsverletzungen (Ulrike Hemmerling)
- 20 Prozesse in der Versöhnungsarbeit stärken**
Beraterin auf Zeit fördert Vernetzung von Partnern (Katharina Engels)

Horizonte

- 17 Vom Entwicklungsdienst zum Weltdienst**
Die AGEH wird 60 Jahre
- 22 Ein Netzwerk für Demokratie und Frieden in Kolumbien**
Mit Wissen und Advocacy für eine gerechte Gesellschaft (Nicola Dongiovanni)

24 Porträt

Zwischen Computer und Hängematte
Stefan Kramer berät Misereor Partnerorganisationen im Amazonasgebiet (Sandra Weiss)

26 Personalia

27 Stellenanzeigen

Titelfoto: Bianca Bauer

Geschichten über Leid und Hoffnung

Das Casa de la Memoria,
ein Ort der Erinnerung und
Friedensbildung

„Schluss mit der Gewalt!“ ist die Botschaft des Casa de la Memoria in Tumaco/Kolumbien. Es ist ein Ort, der den Opfern der jahrzehntelangen Gewalt ein Gesicht gibt, damit sich diese schmerzvolle Geschichte nicht weiter fortsetzt. Träger der Einrichtung ist die Diözese Tumaco. ZFD-Fachkraft José Luis Foncillas unterstützt sie als Berater. Das Haus ist darüber hinaus auch eine Einrichtung der Friedensbildung. Das Team begleitet u.a. mehr als 80 Jugendliche über drei Jahre. Hier erfahren sie, welche Rechte sie haben, wie sie zu einer Friedenskultur in ihrer Stadt beitragen können sie setzen sich mit dem Sinn von Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit auseinander.





*Das Team des Casa de la Memoria:
Paola Gómez, Johana Olaya, José
Luis Foncillas, Lina Peña (v.l.n.r.)*

Der Krieg ist noch nicht zu Ende

Die harte Realität lässt jedoch nicht lange auf sich warten. Im nächsten kleinen Raum starren 700 Gesichter die Besucher an, die meisten von ihnen junge Männer, alle ermordet. Die Angehörigen der Opfer haben die Fotos gebracht; sie sollen zeigen, dass Tumaco Krieg erlebt hat, ein Krieg, der in dieser Region leider noch längst nicht beendet ist. Es ist ein eindrucksvoller Raum, vielen Besuchern ist er unheimlich, andere wandern hier stundenlang auf und ab, schauen auf die vielen Gesichter und staunen über das junge Alter der Toten.

Gino Barreiro ist ein junger schlanker Mann mit großen ängstlichen Augen. Er küm-

mert sich um kleine Reparaturarbeiten im Haus und malt großformatige Bilder an die Wände. Die Fotos seiner vier ermordeten Brüder hängen nebeneinander an einer Wand. Als er sie das erste Mal dort sah, hat er bitterlich geweint. "Dieser hier war mein Lieblingsbruder", erzählt Gino mit einem schüchternen kleinen Lächeln auf dem Mund, "er hat mich immer in den Kindergarten gebracht". Zuerst fühlte Gino sich unwohl, als er an die Fotos im Raum sah. "Ich mochte es nicht, dass Fremde die Bilder anschauen und dann Mitleid mit mir hatten", erzählt er. Doch später verstand er, wie wichtig die Fotografien sind, damit andere begreifen, was hier in Tumaco passiert.



*Gino Barreiro kümmert sich um
Reparaturarbeiten im Museum
und malt großformatige Wand-
bilder. Vier seiner Brüder wurden
ermordet. Ihre Bilder hängen in der
Ausstellung*



Die Diözese von Tumaco sammelt seit 2001 Fotos und Daten der Opfer. Damals wurden die Fotos einmal pro Jahr auf den Straßen von Tumaco ausgestellt. 2013 gründete die Diözese das Haus der Erinnerung. Aktuell werden im Haus 700 Fotos von Opfern gezeigt. Viele Familienangehörige der Opfer kommen regelmäßig ins Haus und helfen bei der Ausstellungsgestaltung aktiv mit

Menschenrechtsverletzungen öffentlich machen

Die Menschen sensibilisieren und zu sagen "es reicht", ist Sinn und Zweck der Fotoausstellung. Die Besucher sollen wissen, was den Opfern widerfahren ist. Menschenrechtsverletzungen müssen sichtbar gemacht werden, damit sich die Geschichte nicht wiederholt. Ein handgefertigtes Buch liegt im Saal, darin stehen 17 Lebensgeschichten, die dokumentieren, wie die Opfer getötet wurden. Die meisten Fälle wurden juristisch niemals aufgearbeitet. Anfangs war es schwer, den Familienkreis der Opfer von der Wichtigkeit dieser Geschichten und

ihrer Veröffentlichung zu überzeugen. Viele hatten zu große Angst zu erzählen, was passiert war, und dies an die Öffentlichkeit zu tragen. Viele der Täter sind Bandenmitglieder und auch weiterhin in Tumaco aktiv, und von Vergeltungsmaßnahmen hören die Menschen hier tagtäglich. Es liegen noch über 30 Geschichten im Archiv, die vielleicht eines Tages veröffentlicht werden können, sofern die Verwandtschaft der Opfer ihr Einverständnis gibt. Es ist schwer, einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung in einem Territorium zu leisten, wo weiterhin Gewalt herrscht, erklärt José Luis. Um noch mehr Menschen zu erreichen, werden die Fotos bei öffentlichen Veranstaltungen



Johana Olaya begrüßt die Besucher am Beginn der Ausstellung. Sie ist seit 2013 Koordinatorin im Erinnerungshaus.

Luis Foncillas im Gespräch mit Besuchern. Er berät außerdem das Netzwerk der Erinnerungsstätten in Kolumbien zu Strategien der politischen Einflussnahme



auch auf den Straßen und Schulen Tumacos ausgestellt.

Außerdem hat die Casa de la Memoria einen maßgeblichen Anteil an der Gründung eines gesamt-kolumbianischen Netzwerks von Erinnerungsstätten, die an 30 Orten im gesamten Land auf unterschiedliche Weise an ihre Gewaltopfer erinnern und seit 2015 gemeinsam zur Vergangenheitsaufarbeitung und Konstruktion eines nachhaltigen Friedens aufrufen. José Luis Foncillas berät das Netzwerk bei seiner politischen Einflussnahme auf die staatliche Erinnerungspolitik, die auch unter der neuen rechtskonservativen Regierung den mehr als 8 Millionen Opfern des kolumbianischen Konflikts gerecht werden muss.

Zu einer Friedenskultur beitragen

Im letzten Teil des Erinnerungshauses von Tumaco erfahren die Besucher alles über die Friedensinitiativen, die es in der Region

gibt. Es werden Fotos vom Friedenstheater gezeigt, und von einem Bildschirm tönen die anti-Gewalt-Lieder der lokalen Hip-Hop-Gruppe AfroMiTu. „Wir sagen Nein zur Gewalt“, singt die Band in einem ihrer Songs. Der Raum berichtet von Frauen und Männern, die sich für den Frieden in Tumaco einsetzen. Die Besucher sollen die Ausstellung mit der Überzeugung verlassen, dass ein anderes, friedliches Tumaco möglich ist.

Für José Luis ist das Museum ein Instrument zur Wissensvermittlung und Friedensbildung. Das Team begleitet etwa 80 Jugendliche pro Jahr über einen Zeitraum von drei Jahren. Nelly, Cindy und Edwin hatten vor ihren ersten Besuch im Haus keine Ahnung, welche Rechte sie haben und welche Handlungsmöglichkeiten es für junge Menschen aus Armenvierteln gibt, um zu einer Friedenskultur in ihrer Stadt beizutragen. Hier haben sie über den Sinn

Als ZFD-Fachkraft im Casa de la Memoria



José Luis Foncillas arbeitet seit 2015 als AGEH-Fachkraft im Haus der Erinnerung, lebt jedoch schon seit 2007 in Tumaco und kennt die Stadt, die Gewalt und die Menschen. Damals unterstützte er viele Jahre lang Kinder und Jugend-

liche im Centro Afro, einem kleinen Kulturzentrum in einem der ärmsten und gefährlichsten Viertel von Tumaco. Er hat ein Masterstudium in Menschenrechten und Friedenskultur absolviert. Im Haus der Erinnerung berät er das Team, um die Arbeit mit Jugendlichen und Opfern zu stärken, sowie bei der Museographie, politischen Advocacy und der Beschaffung von Finanzmitteln. José Luis ist stolz auf die konsolidierte Ausstellungsgestaltung der Räume; heute erzählen diese kraftvolle Geschichten über Leid und Hoffnung, die für jeden Besucher nachvollziehbar sind. Als Erfolg verzeichnet er auch die Erarbeitung eines pädagogi-

schen Konzepts für die Jugend- und Opfergruppen, die das Haus regelmäßig besuchen. Und er ist stolz auf die Zusammenarbeit mit der Wahrheitskommission, die Ende 2018 ihre Arbeit aufgenommen hat. Das Haus der Erinnerung soll in den nächsten 3 Jahren bei der Wahrheitsfindung in Tumaco mitwirken.

José Luis hat zur Ausbildung vom Team enorm beigetragen, die drei jungen Frauen, Johana, Paola und Lina, arbeiten heute autonom im Haus und haben inzwischen viele Aufgaben übernommen. Heute findet das Haus viel Anerkennung unter den Bewohnern von Tumaco.

Johana ist die Koordinatorin und arbeitet schon seit der Gründung 2013 im Erinnerungshaus. Vorher gehörte sie zu einer der Jugendgruppen, die José Luis im Centro Afro koordinierte. „Er ist ein natürlicher Teamleiter“, erzählt die 26-jährige Frau über José Luis. Von ihm hat sie gelernt, dass man sich immer fragen muss, wie man schwierige Situationen lösen kann. Für sie ist die Arbeit von José Luis sehr wichtig. Seine pädagogischen Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen und seine Kenntnisse über Menschenrechte waren vor allem zu Beginn sehr wichtig. Von ihm hat sie auch gelernt, dass man sich für die Opfer und Besucher des Hauses viel Zeit nehmen muss.

Etwa 80 Jugendliche begleitet das Museum über einen Zeitraum von drei Jahren mit verschiedenen Bildungsangeboten



Auf die bunten Zettel haben Kinder und Jugendliche geschrieben, wie sie sich konkret für den Frieden einsetzen wollen. Zum Beispiel: „Ich werde nie wieder Abfall auf die Straße werfen und nie wieder die Umwelt verschmutzen“.



der Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit debattiert und sich mit der Überwindung von Gewalt auseinandergesetzt, aber auch an Friedensdemos teilgenommen.

Das Haus der Erinnerung setzt auch auf die Weiterbildung von Lehrern, die das gelernte Wissen zu den Themen Erinnerungsarbeit, Friedensbildung und Konfliktmanagement an ihre Schüler weitergeben. So werden viel mehr Jugendliche erreicht.

Das Team würde gerne mit noch mehr jungen Menschen arbeiten, doch dann bräuchte man ein Haus der Erinnerungen in jeder Gemeinde der Region, sagt Johanna. „Aber wir sind ja nur vier Personen, unsere Kapazitäten sind also begrenzt“. Bis jetzt ist diese Initiative die einzige an der südlichen Pazifikküste Kolumbiens, doch andere Diözesen haben bereits ein Interesse gezeigt und wollen von dieser Erfahrung lernen.

Überregionale Bedeutung

Inzwischen hat das Haus der Erinnerung überregionale Bedeutung gewonnen. Ein Ergebnis der Friedensverträge der kolumbianischen Regierung mit der FARC-

Guerilla ist die Gründung einer nationalen Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen während des gesamten bewaffneten Konflikts. Dazu wurden mehrere Büros eingerichtet, um auch die Information aus den abgelegenen, schwer vom Krieg betroffenen Regionen zu erhalten. Das Büro für die südwestliche Pazifikküste ist im Erinnerungshaus von Tumaco untergebracht, um auf diese Weise eine enge Zusammenarbeit zu ermöglichen und auch nach Erstellung des Wahrheitsberichts die Verbreitung seiner Inhalte und die pädagogische Aufarbeitung in der Region zu garantieren.

Tumaco zählt zu den Städten Kolumbiens, die am stärksten von der Gewalt betroffen sind.

Die Hafenstadt an der Pazifikküste ist vergessen und abgelegen. Abgesehen von einer Straße, die ins Landesinnere führt, ist die Stadt nur über den Wasserweg oder per Flugzeug erreichbar. Die meisten Menschen hier leben in Armut. Seit Jahrzehnten ist die Stadt vom bewaffneten Konflikt schwer betroffen. Im Jahr 2000 kam die AUC -ein

Nelly, Cindy und Edwin haben sich im Museum mit der Überwindung von Gewalt auseinandergesetzt. Auch für Lehrer gibt es Weiterbildungen zu den Themen Erinnerungsarbeit, Friedensbildung und Konfliktmanagement





In einem handgefertigten Buch dokumentieren 17 Lebensgeschichten, wie die Opfer getötet wurden. Die meisten Fälle wurden juristisch niemals aufgearbeitet

Dachverband rechtsgerichteter paramilitärischer Gruppen- nach Tumaco, und 2013 übernahm die FARC-Guerilla die Oberhand. Der Krieg hat tiefe Einschnitte im Leben der Zivilgesellschaft hinterlassen. Gewalt wird in Tumaco als normal und von vielen nicht als Unrecht empfunden. Für Teenager wie Nelly, Cindy und Edwin bedeutet das, dass sie nach Einbruch der Dunkelheit zu Hause sein müssen, damit ihnen nichts passiert. "Früher konnten wir abends Freunde besuchen, heute geht so etwas nicht mehr", meint Cindy. Edwin kennt viele Kinder und Jugendliche aus seinem Stadtviertel, die heute Teil der Gewalt sind. "Es gibt oft keine andere Möglichkeit", sagt er betrübt.

Herausforderung Friedensbildung

Seit dem Friedensabkommen mit der FARC-Guerilla ist es in Tumaco nicht friedlicher geworden. Wo sich die FARC im Zuge des Friedensabkommens 2016 zurückgezogen hat, streiten heute neue Gruppierungen -Drogenmafias, neoparamilitärische Gruppen und Dissidenten der FARC- um das Territorium und die Kontrolle über den Drogenhandel. Tumaco ist die vom Koka-Anbau am stärksten betroffene Gemeinde.

Nirgendwo ist der Drogenkrieg stärker als hier. Jedes Jahr werden etwa 200 Personen in Tumaco ermordet, eine hohe Zahl, denn die Stadt hat nur etwa 200,000 Einwohner.

Gerade wegen des Ausmaßes der Gewalt ist Friedensbildung so wichtig. Davon ist das Team im Haus der Erinnerung fest überzeugt. Und die Herausforderung ist groß, denn viele junge Menschen brechen die Schulbildung frühzeitig ab und finden auch keine Arbeit in Tumaco.

Diese Menschen sind besonders verletzlich und müssen mit in die Gesellschaft einbezogen werden. "Mit unserer Arbeit tragen wir zum Frieden bei", meint Johana stolz.



Theresa Denger im Gespräch mit der Mutter eines im Ausland adoptierten Salvadorianers



Auf den Spuren der verschwundenen Kinder

Pro-Búsqueda vermittelt Familienzusammenführungen in El Salvador

Text: Dr. Theresa Denger; Fotos: Omar Centeno, Nicolás Menjivar, Margarita Zamora

Während des Bürgerkriegs in El Salvador wurden ca. 30.000 Kinder von ihren Eltern getrennt und oftmals ohne deren Zustimmung zur Adoption vermittelt. Die Organisation Pro-Búsqueda setzt sich seit 1994 dafür ein, die „verschwundenen Kinder“ wieder mit ihren Familienangehörigen zu vereinen. ZFD-Fachkraft Theresa Denger unterstützt die Arbeit der Organisation vor Ort.

Die Mittagssonne brennt gnadenlos auf den Schotterweg und die Wellblechdächer in „La Bomba“, einem kleinen Weiler im Westen El Salvadors. Der Pick-up, der gerade ins Dorf eingefahren ist, kommt zum Stehen. Eine ältere Frau nähert sich ihm schüchtern. Es ist Lorena Raymundo (Name von der Redaktion geändert), die Pro-Búsqueda einige Wochen zuvor um einen Besuch gebeten hat. Margarita Zamora, Koordinatorin der Ermittlungseinheit bei Pro-Búsqueda begrüßt sie herzlich und zückt dann Notizblock und Diktiergerät. Denn bei Lorenas Geschichte kann jedes Detail von Relevanz sein.

Ein Fingerabdruck auf weißem Papier besiegelte das Schicksal der Kinder

Vor 35 Jahren, als in El Salvador Bürgerkrieg herrschte, lebte Lorena Raymundo mit ihrer Mutter, ihrem einjährigen Sohn und ihren neu geborenen Zwillingmädchen in einem Armenviertel in San Salvador. Um die Familie versorgen zu können – der Vater der Kinder hatte die Familie verlassen und Lorenas Mutter war aufgrund ihrer Alkoholabhängigkeit nicht in der Lage, ihre Tochter zu unterstützen – fing sie an, als Hausmädchen zu arbeiten. Da es keine andere Betreuungsmöglichkeit für die Kleinen gab, nahm sie ihre Kinder mit zur Arbeit. Eines Tages erzählte ihr die Dame des Hauses von einem Heim, das sich um Kinder in Not kümmere. Dort könne sie ihre Babys vorübergehend unterbringen und jeden Monat besuchen.

Lorena dachte nicht lange darüber nach und übergab ihre fünf Monate alten Zwillinge einem Herrn, der sich Dr. Sánchez nannte und angab, mit dem besagten Heim in Verbindung zu stehen. Zwei Monate später bekam sie erneut Besuch von ihm. Freudig berichtete er ihr, dass es den Kindern gut gehe und dass sie sie monatlich besuchen könne, wenn sie die entsprechenden Papiere unterschreibe. Dann legte er ihr leere Seiten vor, und Lorena machte, nichts Böses ahnend, ihren Fingerabdruck darauf. Tage und Monate vergingen, Lorena hörte nichts mehr von Dr. Sánchez und bekam auch ihre Töchter nicht zu Gesicht. Sie hatte keine Anhaltspunkte, wo sie sie suchen könnte, und jeder Schritt vor die Tür stellte ein Risiko dar: Erst kurz vor dem Verschwinden der Mädchen war im Gesundheitszentrum ihres Wohnviertels eine Bombe hochgegangen.

Die Suche dauert oftmals mehrere Jahre

Margarita Zamora drückt auf den Knopf ihres Diktiergeräts und holt ein DNA-Test-Kit hervor. Sie erklärt Lorena, dass ihre DNA-Probe zur Analyse ins Labor geschickt, und ihr Profil anschließend in die DNA-Datenbank von Pro-Búsqueda eingespeist wird. Diese enthält aktuell 1224 Profile von Familienangehörigen im Bürgerkrieg verschwundener Kinder und 320 Profile von Salvadorianerinnen und Salvadorianern, die während dieses Zeitraums zur Adoption vermittelt wurden und die auf der Suche nach ihren leiblichen Eltern sind. Mit etwas Glück könnten Lorenas Zwillingstöchter dabei sein, und die Suche wäre beendet. In den meisten Fällen ist jedoch ein langjähriger Nachforschungsprozess notwendig, der Zeugenbefragungen,



Nathan Dawe, der als Kind nach Kanada zur Adoption vermittelt wurde, beim Wiedersehen mit seiner leiblichen Mutter



Im Rathaus der Stadt La Palma beantragt eine als Kind zu Adoptiv-Eltern nach Frankreich vermittelte Salvadorianerin Unterstützung von Theresa Denger ihre Geburtsurkunde

Adoptionen während des Bürgerkriegs

Während des Bürgerkriegs von 1979 bis 1992 wurden in El Salvador rund 30.000 Kinder zur Adoption vermittelt, der größte Teil von ihnen in Länder der so genannten ersten Welt. Ein Teil dieser Kinder kam unmittelbar aus dem Kriegsgeschehen. Unter Anwendung der „Strategie der verbrannten Erde“ ging das Militär sowohl gegen die Guerilla, als auch gegen die Zivilbevölkerung vor, der unterstellt wurde, die Aufständischen zu unterstützen. Vor allem im Norden und im Osten des Landes wurden ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die Einwohner grausam ermordet – darunter viele Kinder. Später ging das Militär vermehrt dazu über, bei Kriegsoperationen die anwesenden Kinder verschwinden zu lassen. Nach Einschätzung von Eduardo García, Direktor von Pro-Búsqueda, brachten es viele Soldaten beim Anblick der unschuldigen Kinder nicht über sich, den Tötungsbefehl durchzuführen, und nahmen diese deshalb mit. Die aufkommende Praxis, die Kinder an einen anderen Ort zu bringen und ihnen eine neue Identität zu geben, ließ sich mit der Ideologie rechtfertigen, keine zukünftigen Guerrilleros heranwachsen lassen zu wollen. Schnell witterten Anwälte die Möglichkeit, mit der Vermittlung der Kinder in die Adoption – beispielsweise nach Europa oder in die USA – ein lukratives Geschäft zu machen und erzielten dabei einen Gewinn von schätzungsweise 2.000 bis 5.000 US-Dollar pro Kind.

Unter Einbindung von Kinderheimträgern, religiösen Orden, Hilfsorganisationen und Justizbeamten, die vermutlich sowohl finanzielle Interessen als auch die Aussicht der Kinder auf ein besseres Leben in wohlhabenden Ländern zur Kooperation mit den Anwälten antrieb, bekamen die Adoptionsprozesse einen humanitären und legalen Anschein.

Mit dem Ausbau dieser illegalen Strukturen verbreitete sich auch die Praxis, die kriegsbedingte Notlage armer Mütter auszunutzen und sie von ihren Kindern zu trennen. Da viele von ihnen Analphabetinnen waren, war es oftmals leicht, ihren Fingerabdruck für eine schriftliche Einverständniserklärung zu gewinnen und diese vor Gericht geltend zu machen. Andere Mütter wurden mit der Aussicht auf ein besseres Leben für ihre Kinder in der ersten Welt moralisch so lange unter Druck gesetzt, bis sie schließlich ihr Einverständnis gaben.

Im Fall der verschwundenen Töchter Lorenas gibt es vielleicht Grund zur Hoffnung: Die Einsicht in eine Gerichtsakte hat jüngst Aufschluss über die Identität der in den USA lebenden Adoptiv-Eltern gebracht. Jetzt hängt es vom Kommunikationsgeschick Pro-Búsquedas ab, ob sich die Adoptiv-Eltern für Lorenas Suche gewinnen lassen, um gemeinsam ein verdunkeltes Kapitel der Familien- und Landesgeschichte aufzuarbeiten.



Feier am 17. November 2018 in San Isidro Labrador in Gedenken an das Massaker, das am 17.11.1982 vom salvadorianischen Militär begangen wurde. 50 Menschen wurden ermordet und 11 Kinder verschleppt

Behördengänge sowie das Abklappern möglicher Wohnadressen der Gesuchten umfassen kann. Margarita Zamora weiß aus eigener Erfahrung, wie mühsam und langwierig die Ermittlungen sein können: Seit 1982 ist sie auf der Suche nach ihren vier verschwundenen Geschwistern, von denen jedoch bis heute jede Spur fehlt. Anstatt sich davon entmutigen zu lassen ist Zamora vielmehr umso motivierter, an der Aufklärung möglichst vieler Fälle verschwundener Kinder mitzuarbeiten, dabei aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen seriös und glaubwürdig aufzutreten und Zuversicht zu spenden. So findet sie auch die richtigen Worte, Lorena Mut, nicht aber falsche Hoffnungen, zu machen und ihre Suche würdigend anzuerkennen.

Seit der Gründung von Pro-Búsqueda im Jahr 1994 sind 996 Suchanfragen von zur Adoption vermittelten Kindern oder deren Familienangehörigen eingegangen. Davon konnte die kleine Nichtregierungsorganisation bereits 445 Fälle lösen, und 277 Mal ist es zu Wiederbegegnungen zwischen den verschwundenen Kindern und ihren leiblichen Familienangehörigen gekommen.

Die Vergangenheit aufarbeiten, um Frieden möglich zu machen

Theresa Denger arbeitet als ZFD-Fachkraft mit an der Aufarbeitung der Kriegsvergangenheit in El Salvador, indem sie für Pro-Búsqueda den Suchanfragen adoptierter Erwachsener aus dem Ausland nachgeht und entsprechende Nachforschungen anstellt oder die Kommunikation zwischen Geburts- und Adoptivfamilien begleitet.

Außerdem sensibilisiert sie Studierende an der an der jesuitischen zentralamerikanischen Universität José Simeón Cañas in San Salvador für die Thematik der verschwundenen Kinder. Dabei ist es ihr ein Anliegen, die politische Dimension der Suche nach den Verschwundenen – nämlich deren Beitrag zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen, der in die zivilgesellschaftlichen Forderung nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung einfließt – ins Bewusstsein zu bringen und einen Bezug zur Aktualität aufzuzeigen.

Denn ähnlich wie damals bleiben heute in El Salvador 95 Prozent der Gewaltverbrechen ungeahndet und auch die strukturelle Ungerechtigkeit besteht weiter. Und wie damals verschwinden auch heute täglich Menschen in Armenvierteln, die Mordrate ist im Durchschnitt höher als in den schlimmsten Kriegsjahren 1980–1983.

Die Suche nach den verschwundenen Kindern des Bürgerkrieges ist immer auch eine Frage nach den Verschwundenen unserer Tage und eine gesellschaftliche Anfrage an ein System, welches das Verschwinden von Menschen zulässt.

Menschenrechtsorganisationen in El Salvador sind davon überzeugt, dass es ohne die Aufarbeitung der Vergangenheit und ohne die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrechen aktuell keinen Frieden geben kann.



Versöhnung ist möglich !

Der Beitrag der AGEH im Umgang mit belasteter Vergangenheit

Text: Dr. Claudia Lücking-Michel

Was ist ein angemessener Umgang mit unserer deutschen Vergangenheit? Kann es überhaupt eine „angemessene“ Antwort geben, die dauerhaft Bestand hat? Muss unsere Haltung nicht vielmehr immer wieder neu gegen die Anfragen und Verharmlosungen jeder neuen Generation justiert werden?

Ein Blick auf die Jahrzehnte seit Kriegsende zeigt sehr verschiedene Phasen: Im Nachkriegsdeutschland konnten zunächst zahlreiche Täter „ungeschoren“ Karriere machen, auch in Justiz und Politik. Statt Umgang mit der eigenen Vergangenheit stand Neubeginn und Wiederaufbau auf der Agenda. Erst mit der 68er Generation kamen massiv kritische Anfragen auf und eine intensive Aufarbeitung wurde eingefordert. Die Filmserie „Holocaust“, neue Curricula in den Schule – als ich 1981 Abitur machte, gehörte ich zu einer Schülergeneration, die sich mit der verbrecherischen NS-Vergangenheit intensiv auseinandergesetzt hatte. Dann kamen mit der Wende neue Herausforderungen dazu, sowohl die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht als auch das weitgehende Fehlen einer Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der ehemaligen DDR.

Inzwischen gilt Deutschland als vorbildlich in der Aufarbeitung seiner NS-Vergangenheit. Einigen, wenn auch insgesamt nur wenigen, Kriegsverbrechern wurde der Prozess gemacht. Es gibt eine Erinnerungskultur, zahlreiche Gedenkstätten, Entschädigungszahlungen für Opfer. Dankbar registrieren wir, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes erfolgreich aus den Erfahrungen der NS-Zeit Lehren gezogen haben.

Sich der Verantwortung stellen

Doch im Verhältnis zur eigenen Geschichte gab es immer auch die Tendenz zur Verharmlosung: „Schließlich war ja Krieg.“ – „Andere Staaten sind auch keine Unschuldslämmer.“ – „Kann es nicht mal gut sein?“ – „Alles schon so lange her.“ Das zeigte sich z.B. deutlich im Zusammenhang mit den Wehrmachtsausstellungen ab 1995 und dem Bau des 2005 eröffneten Holocaust Mahnmals in Berlin.

Heute gilt mehr denn je: Es ändern sich zwar die Rahmenantwortung zu stellen, bleibt bestehen. Jetzt wird uns bewusst, dass bald die letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen verstorben sein werden, sowohl Überlebende des Holocaust, als auch Frauen und Männer, die aus eigenem Erleben über die Schrecken des Kriegs erzählen können. Wir erleben einen neuen, wachsenden Nationalismus, der die deutschen NS-Kriegsverbrechen negiert oder relativiert und wie der AfD Politiker Gauland die NS-Zeit zum „Vogelschiss“ der

deutschen Geschichte erklärt. Es mangelt manchen Schülerinnen und Schülern offenbar schlicht an Wissen über die NS-Zeit. Manche mit Zuwanderungsgeschichte kommen aus einem antisraelischen und antijüdischen Kontext. Ihnen muss klar gemacht werden, dass wer dauerhaft in Deutschland heimisch werden will, sich auch mit diesem Teil der deutschen Identität auseinandersetzen muss und sich von der Verantwortung, die wir alle tragen, nicht freisprechen kann. Wir sollten umgekehrt nicht vergessen, mit welchen Gewalt- und Traumaerfahrungen manche Zuwanderer bei uns ankommen. Können da empathische Offenheit und klare Haltung, die auch persönliche Grenzen aufzeigt, zu Brückenbauern über die unterschiedlichen Biographien hinweg werden?

Für eine friedliche Gegenwart und Zukunft

Was bedeutet dies für die AGEH? AGEH-Fachkräfte arbeiten oft in Postkonfliktsituationen. Dort wollen sie einen Beitrag leisten zu einer Kultur, die eine gewaltsame Vergangenheit weder verharmlost noch verdrängt, sondern so aufarbeitet, dass eine friedliche(re) Gegenwart und Zukunft möglich werden. Sie bringen, neben ihrer fachlichen Expertise, natürlich ihre eigenen Erfahrungen mit der Aufarbeitung gewaltbelasteter Vergangenheit mit. Immer müssen gemeinsam mit den Menschen vor Ort kulturell und situativ angepasste Lösungen entwickelt werden. Dabei arbeiten unsere Fachkräfte auch aus ihrer christlichen Identität heraus, bietet diese doch reiche Quellen zu einem konstruktiven Umgang mit eigener und fremder Schuld und Versöhnung.

Die Erfahrung des Umgangs mit der eigenen gewaltsamen Vergangenheit macht sie nicht zu allwissenden Expertinnen, aber hoffentlich zu sensiblen Weggefährten/-innen für Menschen und Gesellschaften, die diesen schmerzvollen und langen Weg der Aufarbeitung beschreiten. Gleichzeitig kommen die Fachkräfte mit neuen Erfahrungen zurück und hinterfragen kritisch unseren Umgang mit der deutschen Vergangenheit. Viele Beispiele lehren, dass Verdrängung von erlittenem Unrecht oft zu neuem Unrecht führt. Doch Gewalt und ihre Folgen müssen nicht das letzte Wort haben, solange wir bereit sind, uns ihnen zu stellen.



Ziviler Friedensdienst in Kolumbien

Schwerpunkt: Auseinandersetzung mit
Gewalt und Menschenrechtsverletzungen

*Jährliches Treffen aller ZFD-Partner und
-Fachkräfte 2018. Dabei werden vor allem
fachlicher Austausch und Vernetzung
gefördert*

Text und Fotos: Ulrike Hemmerling

Seit fast 20 Jahren arbeitet der Zivile Friedensdienst (ZFD) der AGEH in Kolumbien und unterstützte schon während des bewaffneten Konfliktes Projekte der Zivilgesellschaft, insbesondere auch der katholischen Kirche, die die Gewalterlebnisse und Ängste der Menschen thematisierten, Opfer von Gewalt begleiteten und mit Mut und Kreativität versuchten, Samen für den Frieden zu sähen.

Mehr als 50 Jahre bewaffnete Auseinandersetzung haben in Kolumbien über 220.000 Menschenleben gefordert, mindestens 80.000 Personen gelten bisher als verschwunden und Millionen Kolumbianer/-innen wurden zur Flucht im eigenen Land und ins Exil gezwungen. Staatliche Sicherheitskräfte, paramilitärische Verbände und Guerillagruppen haben in vielen Landesteilen die Zivilgesellschaft mit Massakern, aussergerichtlichen Hinrichtungen, Attentaten, Folter und selektiven Morde terrorisiert.

Umsetzung von Rechten der Opfer ist schleppend

2016 weckte die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla FARC-EP neue Hoffnungen auf ein Ende der Gewalt. Doch die vereinbarten strukturellen Veränderungen in Bezug auf Landverteilung und Landnutzung, Bekämpfung des Drogenanbaus und -handels sowie zur Umsetzung von Opferrechten kommen nur sehr schleppend voran und werden von der 2018 neu gewählten rechtsgerichteten Regierung kaum unterstützt. Insbesondere der Umsetzung des im Friedensvertrag festgelegten Integralen Systems für Wahrheit, Gerechtigkeit, Entschädigung und Nichtwiederholung (SIVJRNR), welches zur umfassenden Aufarbeitung der Gewalt beitragen soll, wird viel Widerstand entgegengebracht. Darin festgelegte Instanzen der speziellen Sondergerichtsbarkeit JEP, der Wahrheitskommission CEV und der Einheit zur Suche nach den Verschwundenen UBPD konnten jedoch 2018, wenn auch mit Schwierigkeiten, ihre Arbeit aufnehmen.



ZFD-Koordinatorin Ulrike Hemmerling moderiert das Partner- und Fachkräftetreffen 2018

Die chronische Unterfinanzierung der im Friedensvertrag vereinbarten Maßnahmen, deren stockende Umsetzung und die fehlende politische Rückendeckung treibt viele ehemalige Guerillakämpfer/-innen in die Arme bewaffneter Banden. Illegale Gruppierungen nutzten den territorialen Rückzug der FARC, um Gebiete und illegale Geschäfte zu übernehmen. Die Gewalt in Kolumbien nimmt derzeit wieder zu. Insbesondere die Morde an Menschenrechtsverteidiger/-innen sind dramatisch angestiegen.

ZFD unterstützt Aufarbeitung der Gewalt

Vor diesem Hintergrund wird das ZFD Programm in Kolumbien in seiner neuen Phase (2019 bis 2022) noch stärker Initiativen zur Aufarbeitung der Gewalt unterstützen. Dabei erweist es sich als besonders schwierig, dass der Kontext auch aktuell durch Gewalt und Menschenrechtsverletzungen geprägt wird. Gewaltakteure sind weiter präsent, üben Macht aus und versuchen, die Aufarbeitung zu behindern. Qualifizierte Fachkräfte begleiten und beraten ZFD Partner bei ihren Anstrengungen in der historischen und juristischen Aufarbeitung der Gewalt, der psychosoziale Begleitung von Opfern, der Beobachtung und Veröffentlichung der Menschenrechtssituation und bei der Förderung von Erinnerungspädagogik und Versöhnungsinitiativen.

Die Anwaltsorganisation Colectivo de Abogados „Jose Alvear Restrepo“ (CAJAR) wird seit 2018 dabei unterstützt, Opfern von Gewalt die Mechanismen des Integralen Systems SIJVRNR zu erklären, mit ihnen ihre Zeugenausagen vor dem Sondergericht vorzubereiten und Informationen über verübte Menschenrechtsverletzungen zusammenzustellen. Eine ZFD-Fachkraft wird als Mitarbeiterin der renommierten Frauenorganisation Ruta Pacifica de las Mujeres die Wahrheitskommission dahingehend beraten, wie die speziellen Gewalterfahrungen von Frauen erhoben und im Wahrheitsbericht dargestellt werden können.

Umweltschäden und Folgen berücksichtigen

Die Umweltorganisation Censat – Agua Viva wird seit 2018 bei ihren Bemühungen begleitet, auf die Wahrheitskommission dahingehend Einfluss zu nehmen, dass auch durch den

Konflikt verursachte Umweltschäden und deren Folgen in ihrem Bericht Berücksichtigung finden. Die Versöhnungskommission der Bischofskonferenz CCN fördert seit 2017 mit Fachkrafthilfe das Thema der Reintegration von demobilisierten Guerrillakämpfer/-innen.

Das Erinnerungsmuseum „casa de la memoria“ der Diözese Tumaco wird seit 2015 von einer Fachkraft zur Konzeptentwicklung des Museums und der Umsetzung erinnerungspädagogischer Maßnahmen beraten. Als Teil eines kolumbienweiten Netzwerkes von Erinnerungsorten nahm es Einfluss auf die Erarbeitung des methodischen Arbeitsansatzes der Wahrheitskommission und wird dieser im Departement Nariño bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen aktiv zuarbeiten.

Schwerpunkt Pazifikregion

Das ZFD Programm legt in seiner neuen Phase einen Schwerpunkt in die Pazifikregion. Dort werden 5 Diözesen (Tumaco, Buenaventura, Guapi, Quibdo und Apartado) dabei unterstützt, Opfer von Gewalt zu begleiten, lokale Aufarbeitungsprozesse zu fördern und die aktuelle Gewalt sichtbar zu machen. Komplementär dazu wird ein Zusammenschluss von kirchlichen Institutionen, afrokolumbianischen und indigenen Basisorganisationen (Coordinación Regional del Pacifico CRPC) gefördert, der mit seiner Initiative einer interethnischen Wahrheitskommission zur Wahrheitsfindung an der Pazifikküste beitragen möchte und die besonderen Erfahrungen der unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen der Pazifikregion erheben und darstellen will. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden der offiziellen Wahrheitskommission übergeben. Durch eine strategische Vernetzung der Projekte des ZFD Programms, die zum Umgang mit der gewaltbelasteten Vergangenheit und Gegenwart beitragen, werden der fachliche Austausch gefördert und Lernprozesse angestoßen, die den Handlungsspielraum der Einzelprojekte erweitern und eine kollektive Einflussnahme im politischen Raum ermöglichen sollen.



Prozesse in der Versöhnungsarbeit stärken

Beraterin auf Zeit fördert Vernetzung von Partnern

Text: Katharina Engels, Fotos: Christoph Seelbach

Seit Ende letzten Jahres ist Dr. Friederike Repnik Beraterin auf Zeit für den Zivilen Friedensdienst (ZFD) der AGEH und arbeitet zu dem Schwerpunkt „Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit“.

Mit contacts spricht sie darüber, welche Folgen Gewalterfahrungen für das Zusammenleben einer Gesellschaft haben und warum es für den ZFD wichtig ist, das Thema zu vertiefen.

Wie definiert die AGEH Gewalt in den Ländern, in denen ZFD-Fachkräfte zu dem Thema arbeiten?

F. Repnik: Ich stelle den Fachkräften in der Vorbereitung verschiedene Annäherungen an das Phänomen Gewalt vor. Philipp Reemtsma argumentiert beispielsweise stark über die Erfahrung von körperlicher Gewalt. Ignacio Martin-Baró aus El Salvador ist der Meinung, Gewalt habe immer einen historischen Ort. Man müsse sie also immer in ihrem Kontext betrachten, nicht losgelöst davon. Für ihn gibt es keinen theoretischen und damit abstrakten Gewaltbegriff. Johann Galtung hat eher die strukturelle Gewalt im Blick, mit der er soziale Ungerechtigkeiten beschreibt. Jörg Baberowski empfiehlt um Gewalt definieren zu können, immer die Situation anzuschauen, in der sie erlebt wird. Pierre Bourdieu wiederum befasst sich eher mit symbolischer Macht und Gewalt, also mit der Diskursebene des Geschehens. Die Fachkräfte sollen ein Gefühl dafür entwickeln können, was davon in ihrem jeweiligen Arbeitskontext relevant ist. Es geht also darum, die Theorien als eine Art Brille zu nutzen und den Blick zu öffnen, und weniger darum, zu versuchen einen geschlossenen Gewaltbegriff zu definieren.

Was passiert mit Gesellschaften, in denen Gewalterfahrungen nicht bearbeitet werden?

F. Repnik: Menschen, die Gewalterfahrungen machen mussten, ziehen sich oftmals in die Anonymität zurück, um sich zu schützen und gehen keine Beziehungen mehr ein. Auch Zuschauer, die selbst mit der Gewalt nichts zu tun hatten, wenden sich von den Opfern häufig ab, um sich selbst zu schützen. Täter verhalten sich aus den unterschiedlichsten Gründen ähnlich und sei es aus dem Gefühl eines schuldhaften Versagens heraus. Dadurch kommt es zunehmend zu einer gesellschaftlichen Fragmentierung. Die Menschen begegnen sich in der Gesellschaft nicht mehr. So kann weder mit der gemeinsamen Geschichte umgegangen noch Zukunft gestaltet werden.

Wichtig in einer solchen Situation ist, dass vor allem den Opfern der Gewalt Begleitung und tragfähige Beziehungen angeboten werden. Sonst ist es für sie nur sehr schwer möglich, die schmerzvollen Erfahrungen in ihre individuelle Lebensgeschichte zu integrieren und sie in den sozialpolitischen Kontext einzuordnen. Es geht also darum, zu lernen mit den Erfahrungen zu leben. Das erfordert eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem was geschehen ist. Das gilt übrigens ebenso für Zuschauer und Täter.

Welche Dinge müssen besonders bei der Arbeit mit Täterinnen und Tätern in den Blick genommen werden?

F. Repnik: Bei unseren internationalen Workshops „Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit“ mit Justitia et Pax wurde immer wieder deutlich, dass wir die Täter-Perspektive nicht ausklammern können. Wenn wir die Fragmentierung der Gesellschaft auflösen wollen, ist es wichtig die Täter zur Verantwortung zu ziehen und auch sie wieder einzubinden. Es braucht einen differenzierten Umgang mit den Tätern und mit deren Schuld. Und dies mit der Bereitschaft, deren Perspektive anzuhören, anzuerkennen und ihnen auch Umkehr zuzugestehen.

Sie bearbeiten dieses Themenfeld jetzt als „Beraterin auf Zeit“ für den ZFD. Warum ist es wichtig, dass der ZFD hier einen Schwerpunkt setzt?

F. Repnik: Der ZFD bewegt sich in Kontexten, in denen in irgendeiner Form Konflikte gewaltsam ausgetragen wurden und wo Menschen massive Gewalterfahrungen gemacht haben. In diesen Ländern ist das Thema sehr präsent. Hier geht es darum, tiefgreifende persönliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse zu begleiten. ZFD-Fachkräfte können dies über einen längeren Zeitraum tun und dabei ganz bewusst die Multiperspektivität mit hineinbringen.

Was ist Ihre Aufgabe als „Beraterin auf Zeit“ konkret?

F. Repnik: Meine Aufgabe ist es unter anderem, das globale Partner-Netzwerk zu stärken und weiter auszubauen. Dazu gehört auch, die Partner untereinander mehr in Kontakt und Austausch zu bringen. Wir erhoffen uns für die Partner dadurch Ermutigung, Stärkung, Vernetzung untereinander





und die Möglichkeit, dass sie voneinander lernen und ihre eigene Arbeit weiterentwickeln können. Ein Element davon sind ja bereits seit zehn Jahren die internationalen Workshops zum „Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit“, wo genau dies schon passiert.

Ich unterstütze die Partner auch dabei, eigene Konzepte zum Themenschwerpunkt zu entwickeln und sie sichtbar zu machen. Eine weitere Idee ist, in den Ländern, wo Partner zum Schwerpunkt arbeiten, Kompetenzteams aufzubauen aus Partnern, Fachkräften und Ressource-Personen, die die thematische Arbeit weiterentwickeln. Ich begleite die ZFD-Koordinatoren, vor allem bei der Länderstrategie-Entwicklung. Im Mittelpunkt steht dabei, wie das Thema in Kontext-, Bedarfs-, und Akteursanalysen gezielter einfließen kann. Ich berate auch das ZFD-Team in der Geschäftsstelle, z.B. wenn es um die Auswahl von Fachkräften geht, und ganz generell, um die Sensibilität für den Themenschwerpunkt zu verstärken. Das ist natürlich auch wichtig im Austausch mit den Werken, mit anderen Institutionen oder auf der politisch-fachlichen Ebene. Gerade die AGEH bringt mit ihrer kirchlichen Anbindung ein großes Potenzial in das Thema Versöhnungsarbeit ein. Das möchte ich mit meiner Arbeit sichtbarer machen und den Diskurs darum vorantreiben. Nicht zuletzt ist es dafür auch wichtig, unsere und die Erfahrungen unserer Partner in das Wissensmanagement des Konsortium ZFD einfließen zu lassen.

Sie werden auch häufig auf Reisen im direkten Kontakt mit Partnerorganisationen sein?

F. Repnik: Richtig. Ich möchte jetzt zunächst die unterschiedlichen Kontexte kennen lernen. Im vergangenen Jahr habe ich Guatemala, El Salvador und den Südsudan besucht. Die Partner in Sri Lanka habe ich im Februar kennengelernt. Jetzt stehen Liberia und die Region der Großen Seen auf dem Plan. Hier wird es vor allem darum gehen, den Partnern zuzuhören und deren Perspektiven wahrzunehmen. Damit beginnt Beratung eigentlich immer. Und dann werde ich schauen, was ich in der jeweiligen Situation an Unterstützung anbieten kann.

Was stand auf Ihrer jüngsten Reise nach Sri Lanka im Mittelpunkt?

F. Repnik: Ich habe da sehr starke Partnerorganisationen kennengelernt, die klar über Versöhnung sprechen und da auch wissen, was möglich ist und was nicht. Das ZFD-Programm befindet sich in Sri Lanka sehr am Anfang und die Strategieentwicklung steht noch an. Daher gibt es hier gute Chancen, einen Fokus auf den Umgang mit der gewaltbelasteten Vergangenheit zu legen und ein ganz besonderes Programm aufzubauen.

In welchen Bereichen arbeiten die drei ZFD-Fachkräfte dort?

F. Repnik: Eine Partnerorganisation arbeitet im Bereich der gewaltfreien Kommunikation und bietet Trainings und Mediation dazu für Studierende und Politiker an. Das National Peace Council hat verschiedene Projekte, in denen es um interreligiösen und interethnischen Dialog und den Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit geht. Bei der Caritas geht es vor allem um interreligiösen Dialog und Versöhnung. Hier steht die Stärkung des gegenseitigen Verständnisses durch Begegnung, Beziehung und Dialog im Mittelpunkt.

Was finden Sie besonders spannend an Ihrer Arbeit?

F. Repnik: Der Umgang mit gewaltbelasteter Vergangenheit ist gerade aufgrund der unterschiedlichen Kontexte immer anders. Im Südsudan haben wir jetzt eine Strategie neu entwickelt, in der es vor allem um niedrigschwellige Programm zu Beziehungsarbeit und Stabilisierung geht. In El Salvador geht es hingegen schon sehr stark um Erinnerungsarbeit. Da gibt es ganz andere Voraussetzungen, die z.B. im Südsudan noch nicht vorhanden sind. Die Arbeit ist immer kontextuell verschieden und angepasst an die Situation, in denen sich das jeweilige Land befindet. Das macht meine Arbeit sehr spannend.



Vom Entwicklungsdienst zum Weltdienst

Die AGEH wird 60 Jahre

Text: Katharina Engels, Foto: Sophia Zimmermann

Die AGEH wird in diesem Jahr 60 Jahre alt.

Seit unserer Gründung sehen wir unsere Aufgabe darin, Menschen dabei zu unterstützen, ihre Entwicklung selbst zu gestalten. Wir glauben, dass in jedem Menschen die Kraft steckt sich selbst zu helfen. Impulse von außen und der Austausch miteinander sind wesentliche Aspekte für gemeinsame Lernprozesse. Deshalb bringt die AGEH seit 60 Jahren Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammen, die diese Vision teilen. Seit 50 Jahren tut sie dies auf der Grundlage des Entwicklungshelfergesetzes. Rund 7000 Fachkräfte haben in dieser Zeit mit Südpartnern zusammengearbeitet. Der Zivile Friedensdienst der AGEH, der dieses Jahr 20 Jahre besteht, ist darüber hinaus zu einem Friedensakteur geworden, der gemeinsam mit Partnerorganisationen vor Ort Personalprogramme der Friedensarbeit entwickelt und umsetzt. Die fid-Service- und Beratungsstelle bei der AGEH ist seit fast 30 Jahren Ansprechpartnerin für Trägerorganisationen von Freiwilligendiensten für die pädagogische Begleitung von Freiwilligen und Trägern und nimmt deren politische Interessensvertretung wahr.

Das Jubiläumsjahr möchten wir nutzen, um uns bei Kooperationspartnern, Fachkräften und Partnerorganisationen aus dem globalen Süden und Norden und den Vertreterinnen von Politik, Kirchen und Gesellschaft, die unseren Weg begleitet und unterstützt haben. Geplant sind:

– Sommerfest am 30. August 2019

Die Mitarbeitenden und ihre Familienangehörigen sind zum gemeinsamen Feiern und zur Begegnung eingeladen.

– Festakt und Gottesdienst am 15. November 2019

Mit einem Festakt wollen wir den Anlass würdigen und im Gottesdienst Dank sagen für das Erreichte.

Und wir möchten nach vorne schauen. Auffälligstes Zeichen daran wird sein, dass die AGEH einen neuen Namen bekommt.

Am 4. Juli wird die Mitgliederversammlung darüber abstimmen. Der Begriff „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ stammt aus der Gründungszeit, hatte damals völlige Berechtigung und war mit seiner Verfasstheit als



Von der AGEH zusammengebracht: Kendi Jane Mwierigi (rechts) ist Programmkoordinatorin in der Diözese Lodwar in Kenia. Sie schätzt die Zusammenarbeit mit Sophia Zimmermann (links): „Gemeinsam sind wir viel kreativer. Unsere verschiedenen Perspektiven und Hintergründe bereichern die Arbeit.“

Arbeitsgemeinschaft fast ein bisschen revolutionär. In den vergangenen 60 Jahren hat sich der Begriff der Entwicklung grundlegend gewandelt und auch die Entwicklungszusammenarbeit hat sich immer wieder neu ausgerichtet. In den 50er und 60er Jahren waren den Menschen in Deutschland die Schrecken des Krieges noch plastisch vor Augen. Die Hilfe, die sie selbst beim Wiederaufbau erfahren hatten, wollten sie angesichts der schockierenden Nachrichten über Armut und Elend in der sogenannten Dritten Welt nun weitergeben.

In den 90er Jahren löste die partnerschaftlich orientierte Entwicklungszusammenarbeit den Begriff der Entwicklungshilfe ab. Die Idee der nachholenden Entwicklung war jedoch auch hier noch spürbar. Mit der Agenda 2030 und der Enzyklika Laudato Si wurde ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der auf der Erkenntnis gründet, dass die großen globalen Herausforderungen gemeinsamer, länderübergreifender Antworten und Allianzen bedürfen.

Personelle Zusammenarbeit hat hier große Potenziale, denn sie ermöglicht direkte Begegnungen und Zusammenarbeit von Menschen aus dem globalen Süden und dem globalen Norden. Sie stößt gemeinsame globale Lernprozesse an und setzt sie um. Damit unterstützt sie kirchliche und zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit, qualifiziert, innovativ und vernetzt an Lösungen für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit zu arbeiten. Der Entwicklungsdienst verlässt damit die bisherige Ausrichtung von Nord nach Süd und wird mit der zusätzlichen Vernetzung von Süd nach Nord und Süd nach Süd zum Weltdienst.



Workshop des Netzwerks zu Advocacy und zur Einfeldorderung politischer Rechte

Ein Netzwerk für Demokratie und Frieden in Kolumbien

Mit Wissen und Advocacy für eine gerechte Gesellschaft

Text: Nicola Dongiovanni, Fotos: PODION

Das Netzwerk „Red Nacional en Democracia y Paz“ unterstützt Menschen in Kolumbien dabei, ihre Anliegen im politischen Diskurs einbringen sowie ihre Rechte einfordern zu können. Nicola Dongiovanni begleitet als ZFD-Fachkraft dessen Arbeit.

„Wir, die die Gewalt und Gräueltaten der 90er- und 00er-Jahre miterlebt haben, fühlen uns zwar von der Regierungspolitik in diesen ersten zwei Monaten des neuen Jahres wie gelähmt und zurückgeworfen, sind jedoch nicht bereit, unseren Optimismus aufzugeben. Zu viel haben wir uns in den letzten Jahren hart erarbeitet und erreicht“, referierte Luciano Sanín, Direktor der Corporación Viva la Ciudadanía, während eines Austausches mit der Corporación Podion Ende Februar.

Damit wird ausgesprochen, was viele der Anwesenden denken, die Stimmung ist gedrückt. Denn viele zweifelhafte Entscheidungen der kolumbianischen Regierung im Hinblick auf den Friedensprozess und die Einschränkung der politischen Partizipation stellen den Optimismus der Bevölkerung derzeit auf eine harte Probe. Doch auch positive Entwicklungen sind zu vermelden: Das Friedensabkommen zwischen der vorherigen Regierung und den FARC hat neue Partizipationsmöglichkeiten sowie das System der Übergangsjustiz geschaffen, die Mobilisierung der Zivilgesellschaft gefördert, den Opfern des Konflikts im öffentlichen Diskurs eine neue Stimme gegeben und eine Dynamik in Gang gesetzt, die es gilt aufrecht zu erhalten und trotz des Gegenwindes aus dem Etablissement zu stärken.

Die Corporación Podion und das Netzwerk „Red Nacional en Democracia y Paz“

In diesem Kontext engagiert sich die Corporación Podion. Seit 1990 widmet sich die Organisation, deren Name vom griechischen Wort pódion – zu deutsch „Basis“ – abgeleitet ist, der Stärkung von Basisgruppen, Nichtregierungsorganisationen und Gemeinden, indem sie diesen unentgeltlich



Austausch mit der Gemeinde Fredonia zum Thema „Soziale und wirtschaftliche Auswirkungen des Rohstoffabbaus in der Region“

Dienstleistungen in Organisationsentwicklung, Beratung sowie Aus- und Fortbildungen anbietet. Aus einer dieser Aktivitäten entstand 2007 das nationale Netzwerk „Red Nacional en Democracia y Paz“ (RNDP), ein ZFD-Projekt, das von Podion begleitet wird und das mehr als achtzig Mitglieder, bestehend aus Nichtregierungsorganisationen, Sozialpastoralen und Basisgruppen, umfasst, die in 26 der 32 Verwaltungsgebiete Kolumbiens präsent sind.

Anfangs als Solidaritätsbewegung und aus dem Bedürfnis, durch Vernetzung ihre Sicherheit zu erhöhen, entstanden, führen die Mitglieder des RNDP heute auch Sensibilisierungs- und Advocacy-Aktionen durch, die darauf ausgerichtet sind, die Öffentlichkeit zu informieren sowie deren Fähigkeit zu stärken, auf staatliche Politiken und Programme Einfluss zu nehmen und ihre Rechte einzufordern. Im letzten Jahr hat das Netzwerk beispielsweise vor den Kongress- und Präsidentschaftswahlen sowie der Antikorruption-Volksabstimmung diverse Kommunikationskampagnen und Bildungsaktionen für ein verantwortungsvolles Wählen und gegen den Verkauf der Wahlstimme durchgeführt, um die Öffentlichkeit für die Relevanz der politischen Meinungsbildung und Partizipation zu sensibilisieren oder über den Stand der Implementation des Friedensprozesses zu informieren. RNDP-Mitglieder verteilten bei Straßenaktionen oder im Rahmen eigener Aktivitäten von Februar bis August 2018 insgesamt 138.700 Informationsmaterialien wie Broschüren und Policy Briefs in 19 Verwaltungsgebieten.

Gegen die Ungleichheit und für die Wahrheitsfindung

In den regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen werden Diskussionsrunden, Foren und Weiterbildungsworkshops realisiert, um sowohl die Kapazitäten und lokalen Initiativen der Mitglieder zu stärken, als auch den Bürgern Räume zu bieten, in denen sie sich austauschen und über die neuesten Entwicklungen, unter anderem zum Friedensprozess, informieren können. In diesen öffentlichen Veranstaltungen, an denen 2018 1.217 Personen teilnahmen, wird den Gemeinden zudem Wissen vermittelt, mit dem sie befähigt werden sollen, sich besser organisieren zu können, um ihre Rechte bei den zuständigen staatlichen Stellen einzufordern. Denn viele Regionen Kolumbiens leiden unter einer notorischen Abwesenheit des Staates, die oftmals in einem Mangel an politischem Willen begründet ist, die Ungleichheit zwischen Zentrum und Peripherie anzugehen. So gilt das Interesse der Eliten vorwiegend einer Aufrechterhaltung der bestehenden Machtstrukturen, weshalb die Anstrengungen des Netzwerks gegen diese Ungleichheit von der lokalen Bevölkerung sehr positiv aufgenommen wird.

Über Podion steht dem Netzwerk außerdem der Zugang zu Initiativen und Informationen offen, die zumeist Organisationen in der Hauptstadt Bogotá vorbehalten sind. So wurde Netzwerkmitgliedern, die sich der Begleitung von Opfern des bewaffneten Konflikts widmen, die Möglichkeit geboten, an Workshops für die Wahrheitskommission zur Aufarbeitung des Konflikts teilzunehmen, um die Ereignisse und Gewalttaten in ihrer Region zu dokumentieren und somit zur Wahrheitsfindung beizutragen. Dadurch soll die Inklusion und Partizipation marginalisierter Regionen in regionalen und nationalen Friedens- und Demokratisierungsprozessen begünstigt werden. Denn letztlich sind sie es, die am stärksten unter dem Konflikt gelitten haben und deren Stimme ignoriert oder gar gewaltsam unterdrückt wird.¹



Protestzug für den Schutz der Wasserressourcen in der Gemeinde Jericó, unterstützt durch RNDP

Auch wenn die politische Situation in Kolumbien weiterhin von Konflikten und Gewalt geprägt ist, gibt es trotzdem Grund für Optimismus: So stehen viele Gemeinden und Organisationen in den Regionen dank Podion und dem Netzwerk „Red Nacional en Democracia y Paz“ gestärkt zusammen und tragen gemeinsam zur Aufbereitung des Konflikts sowie zur Förderung der Demokratie und des Friedens bei, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

ZFD-Fachkraft Nicola Dongiovanni



Im Rahmen des ZFD-Programms unterstützt die Fachkraft Nicola Dongiovanni seit Juli 2017 die Stärkung des RNDP in den Bereichen Netzwerkentwicklung sowie Advocacy- und Lobbyarbeit. Hierbei ist ein kontinuierlicher Dialog mit dem Koordinationsteam und den Mitgliedern äußerst wichtig, um der Diversität im Netzwerk Rechnung zu tragen.

Zudem unterstützt die Fachkraft die Vernetzung und den Aufbau von strategischen Allianzen des Netzwerks und stellt den Mitgliedern ihre Expertise in Capacity Building – d.h. ihre Kenntnisse in den Bereichen Organisationsentwicklung, Advocacy- und Lobby-Arbeit sowie Projektmanagement – zur Verfügung. Dabei gilt es, die Wirkung des Netzwerks und seiner Mitglieder zu potenzieren, indem verschiedene Sektoren der Gesellschaft eingebunden werden. Dies erhöht den öffentlichen Druck auf die nationale Regierung sowie die Lokalregierungen, sich für eine Politik einzusetzen, die den Menschen tatsächlich ein würdevolles und friedliches Leben gewährt

¹ Vom 1. Januar 2016 bis 10. Januar 2019 wurden insgesamt 566 Frauen und Männer ermordet, die als soziale Wortführer oder Menschenrechtsverteidiger aktiv waren. Quelle INDEPAZ (2019): <http://www.indepaz.org.co/566-lideres-sociales-y-defensores-de-derechos-humanos-han-sido-asesinados-desde-el-1-de-enero-de-2016-al-10-de-enero-de-2019/>.

1) „Der Amazonas hat mich in seinen Bann gezogen“, sagt Stefan Kramer, der als AGEH-Fachkraft die Dialog- und Verbindungsstelle von Misereor in Brasilien leitet. Das ist auch gut so, denn im Vorfeld der Amazonassynode ist die Region ein Schwerpunkt seiner Arbeit. Alle paar Wochen packt er Gummistiefel und Hängematte in den Koffer und fliegt zu einem der vielen Misereor-Partner in den Regenwald. Dort werden indigene und bäuerliche Gemeinden besucht, um ihre Probleme zu dokumentieren. Anschliessend entwirft er mit den Partnern Entwicklungs-Strategien, plant Publikationen und erstellt Material für die Synode.



2) Besonders wichtig in der aktuellen politischen Konjunktur unter dem brasilianischen Rechtspopulisten Jair Bolsonaro ist aus Kramers Sicht die Vernetzung der Partner untereinander und Rückendeckung aus dem Ausland. Kampagnen zum Schutz der Menschenrechte und des Regenwaldes, wenn Bolsonaro Naturschutzgebiete auflösen oder die Rechte der Indigenen auf ihr Land aberkennen will, können so schneller und effizienter organisiert werden.



3) Wenn er vor Ort den Projektpartner Fucai (Stiftung für Wege zur Identität) bei einem Praxis-Seminar über nachhaltige Waldgärten begleitet, greift der 59jährige auch mal selbst zur Machete. Als studierter Agrarwissenschaftler fühlt er sich in der Natur wohl -auch wenn sie so schweisstreibend ist wie der Regenwald, wo er von Mücken geplagt und giftigen Ameisen gebissen wird. Abends bei der Abschlussbesprechung bei frittiertem Maniok überm offenen Holzfeuer ist die Plackerei aber schnell wieder vergessen.



Zwischen Computer und Hängematte

Stefan Kramer berät Misereor Partnerorganisationen im Amazonasgebiet

Text: Sandra Weiss, Fotos: Florian Kopp



4) Im Büro in Brasília stehen dann Planung, Kommunikation und Verwaltung im Vordergrund. Gute Portugiesischkenntnisse sind dabei ein Muss. Oft geht es um die Vorbereitung und Finanzierung von Seminaren oder von Delegations- oder Pressereisen. Dann ist Kramers organisatorisches Talent gefragt. Doch selbst der gewitzte Profi und seine einheimische Sekretärin stossen manchmal an Grenzen. Sei es, dass ein Flug wegen Unwetters gestrichen wird, Gepäck unterwegs verloren geht oder Gesprächspartner kurzfristig umdisponieren. Dann muss improvisiert werden und er auch mal Blitzableiter spielen.



5) Brasília als Standort hätte der mit einer Brasilianerin verheiratete Vater eines Sohnes nicht unbedingt ausgewählt. Inzwischen lebt er aber gerne in der weitläufigen, grünen Hauptstadt. In seiner Freizeit schnürt er die Turnschuhe und joggt durch die vielen Parks. Auch Gitarre spielen entspannt ihn. Sohn Patrick ist inzwischen 19 und studiert demnächst Biologie in Brasília. „Leider konnte er nie eine deutsche Schule besuchen, und er hat wegen unserer beruflichen Standortwechsel oft den Freundeskreis gewechselt“, bedauert Kramer.



6) „Kleinbauern und Indigene müssen im Wald genügend für ihren Lebensunterhalt produzieren können“, ist seine Devise. Nur durch Ernährungssouveränität und Autonomie werden sie ihm zufolge den Regenwald gegen die Agrarindustrie und Grossprojekte verteidigen. „Stefan mag die einfachen Menschen und versteht, dass Entwicklung ein langer Prozess ist“, lobt Juan Pablo Zarate von Fucai die AGEH-Kraft.

Personalia



Foto: MISEREOR

Anja Mertineit – Koordinatorin der Internationalen Personellen Zusammenarbeit bei MISEREOR

Anfang Juni des vergangenen Jahres hat Anja Mertineit die Koordination der Internationalen Personellen Zusammenarbeit (IPZ) bei MISEREOR übernommen. Die ausgebildete Gartenbauingenieurin mit langjähriger Erfahrung in Moderation und Coaching arbeitete zunächst als Fachkraft mit dem damaligen Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Ruanda und Kamerun. Danach war sie achtzehn Jahre Referentin für ländliche Entwicklung in der Asienabteilung von MISEREOR. In ihrer jetzigen Funktion beschäftigt sie sich mit allen Fragen rund um die Personelle Zusammenarbeit bei Misereor, wie Beratung und Unterstützung der Kolleg/-innen zu Fachkräften, BeraterInnen auf Zeit und Trainees, Sicherstellung der Finanzierung sowie Moderation der konzeptionellen Weiterentwicklung. Die Koordination der IPZ gehört zum Geschäftsbereich der Hauptabteilung Interne Dienstleistungen (Personalabteilung). Anja Mertineit ist Ansprechpartnerin bei Misereor für die AGEH und gestaltet den Dialog zwischen AGEH und MISEREOR mit.



Foto: Privat

Theresa Huth neu im Team Öffentlichkeitsarbeit

Seit 1. März verstärkt Theresa Huth als Referentin für Social Media und Öffentlichkeitsarbeit mit einem Stellenumfang von 50 Prozent das Team ÖKA. Nach Abschluss ihres Bachelorstudiums in Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) studierte sie „Arts and Media Administration“ am Institut für Kultur- und Medienmanagement der Freien Universität Berlin und schloss das Studium mit einem Master ab. Danach arbeitete sie unter anderem als Redakteurin und Kommunikationsberaterin bei Hoffmann und Campe Corporate Publishing und als Social-Media-Redakteurin, Projektmanagerin und Konzeptionerin für dbmobil.de und das Printmagazin DB Mobil. Erfahrungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit sammelte sie als Fachreferentin Kommunikation bei der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, wo sie seit 2017 tätig war.



Foto: Privat

Michael Detscher neuer Leiter des Teams Personalvermittlung

Anfang dieses Jahres hat Michael Detscher die Leitung des Teams Personalvermittlung übernommen. Der Diplompädagoge und Organisationsentwickler begann seine Laufbahn bei der AGEH als Personalauswahlreferent, arbeitete fünf Jahre lang als integrierte Fachkraft im Entwicklungsdienst in Togo und hatte – nach einem kurzen Intermezzo als Recruiter bei einer anderen EZ-Organisation – ab 2005 verschiedene Funktionen in der AGEH-Geschäftsstelle, unter anderem als Leiter der Fachstelle Kundenbeziehungen und als Leiter der AGEH-Personalgewinnung. Die Neuausrichtung der AGEH vom Entwicklungsdienst hin zu einem Weltdienst, der mit Personeller Zusammenarbeit zur Gestaltung der sozialen und ökologischen Wende beiträgt, war der Arbeitsschwerpunkt, den er in den letzten Jahren konzeptionell bearbeitete.

In seiner Funktion folgt er nun **Dr. Ludger Reining** nach, der nach Tätigkeiten als AGEH-Fachkraft in Tansania und Berater auf Zeit für ländliche Entwicklung seit 2001 Mitarbeiter der AGEH-Geschäftsstelle war und seit 2013 das Team Personalvermittlung geleitet hat. Ende 2018 ging er in den Ruhestand. Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihm alles Gute.



Foto: AGEH



Wir suchen

(Junior) Sozialwissenschaftler/-in für Erwachsenenbildung (m/w/d)

Zentralafrikanische Republik

Das Centre Catholique Universitaire (CCU) möchte durch sein Programm für universitäre Weiterbildung, Möglichkeiten für Studierende und Arbeitnehmer/-innen schaffen, die ihnen Zugang zu Kompetenzen über die lokalen Möglichkeiten hinaus bieten.

Ihre Aufgaben

Sie unterstützen das CCU in seiner Organisationsentwicklung und der Begleitung der initiierten Projekte. Sie fördern das Lehrpersonal in Ihrer Fachkompetenz und Ausrichtung der universitären Arbeit und begleiten die Studierenden.

Ihr Profil

verbindet ein Hochschulstudium z.B. in Sozialarbeit und erste Berufserfahrung in der Erwachsenenbildung, die sie vorzugsweise in Afrika erworben haben. Sie kommunizieren fließend in Englisch und haben Grundkenntnisse in Französisch.

Berater/-in für Inklusion, Lobby- und Advocacyarbeit (m/w/d)

Armenien

Die Armenische Caritas, als Wohlfahrtsorganisation der Katholischen Kirche, möchte vulnerablen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe in Bildung und anderen Gesellschaftsbereichen ermöglichen.

Ihre Aufgaben

Sie wirken mit bei der Entwicklung von Strategien zur Steigerung der staatlichen Unterstützung für die soziale Facharbeit der Caritas in Armenien und Georgien und unterstützen bei der Schaffung von Strukturen, die Inklusion ermöglichen.

Ihr Profil

Sie verfügen über Berufserfahrung im Bereich Humanitäre Hilfe und wissen Ihre Beratungskompetenz kultursensibel einzusetzen. Sie haben idealerweise angewandte Kenntnisse in den Bereichen Inklusion und Bildung. Sie kommunizieren verhandlungssicher in Englisch.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Nähere Informationen zum Bewerberprofil und weiteren Stellen finden Sie im Stellenmarkt unserer Homepage www.ageh.de.

Kontaktperson: **Lea Hinke** · E-Mail: lea.hinke@ageh.org
Telefon: **0221-8896-271**



Foto: Birgit Betzelt

ENTWICKLUNGS- ZUSAMMENARBEIT: EINE AUFGABE FÜR SIE?

Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) ist der Personaldienst der deutschen Katholiken für Entwicklungszusammenarbeit. Seit mehr als 52 Jahren bringen wir tagtäglich Menschen in Projekten in über 60 Ländern zusammen, um menschenwürdige Lebensbedingungen Wirklichkeit werden zu lassen.

Sie haben Berufserfahrung und suchen den Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen und Gesellschaften dieser Welt? Die christlichen Werte sind Teil Ihrer Motivation?

Dann sollten wir uns kennenlernen!

Wir bieten Ihnen eine verantwortliche Tätigkeit bei international üblicher Vergütung sowie umfangreiche Sozial- und Sicherungsleistungen – und beziehen dabei Ihre Familie mit ein. Auf Ihre Tätigkeit bereiten wir Sie umfassend vor.

Informieren Sie sich auf
www.ageh.de über
unsere Stellenangebote.

AGEH 
mitmenschen.

Arbeitsgemeinschaft für
Entwicklungshilfe e.V.